

Mittwoch (Abend), 6. Juni 2018

Volkswirtschaftsdirektion

65 2017.RRGR.746 Postulat 283-2017 SP-JUSO-PSA (Gullotti, Tramelan) Künstliche Intelligenz: Ist der Kanton Bern proaktiv?

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 65, einem Postulat der SP-JUSO-PSA-Fraktion und Grossrat Gullotti, «Künstliche Intelligenz: Ist der Kanton Bern proaktiv?». Der Regierungsrat will dieses annehmen. Ist das Postulat bestritten? – Es ist bestritten. Ich erteile dem Postulanten das Wort. Monsieur Gullotti, vous avez la parole.

Hervé Gullotti, Tramelan (SP). Je remercie le Conseil d'Etat pour sa réponse favorable au présent postulat. Si les termes de mon intervention sont peut-être évasifs, le gouvernement ne considère pas moins le sujet crucial. Il s'en soucie, et cela me convient naturellement. Le Conseil-exécutif se borne à donner des exemples en matière de formation et de gestion électronique des données, ou de cyberadministration. Ce sont certes deux aspects importants des profonds changements qui attendent notre société, et qui auront des impacts profonds sur notre mode de vie. Mais la révolution numérique touchera la globalité de notre quotidien, comme notre manière de nous former et nos rapports aux institutions. Cela a été dit dans le postulat. Elle aura aussi un impact sur la politique de l'emploi, sur la diversité des professions, sur nos rapports aux assurances sociales, et sur la protection des données. A ce titre, je vous conseille la lecture du livre de Klaus Schwab, directeur du WEF à Davos, qui n'est pas connu pour être un chantre du socialisme, et qui pourtant invite tous les acteurs de la société politique, économique et civile à anticiper les effets de celle-ci. En conclusion, je vous demande d'accepter ce postulat dans la mesure où le Conseil-exécutif envisage d'intégrer la réflexion du tout numérique dans son prochain programme de législature.

Präsident. Das Postulat ist vonseiten FDP/Haas zur Abschreibung beantragt. Dies ist vorliegend, es war bestritten, aber somit gut. Für die Fraktionen erteile ich Grossrat Müller für die SVP das Wort.

Mathias Müller, Orvin (SVP). Die digitale Revolution ist bereits in Gang. Wir gehen mit den Postulanten einig, wenn sie sagen, die Folgen der digitalen Revolution seien nicht abschätzbar. Das ist mitunter ein Grund, weshalb wir den Vorstoss ablehnen würden. Es ist nämlich gar nicht möglich, Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zur Vorbereitung auf die Digitalisierung zu definieren, wenn keiner von uns weiss, wie sich unser Leben aufgrund der rasanten Entwicklung in den Bereichen Robotik, künstliche Intelligenz oder auch Neurowissenschaften verändern wird. Wenig zielführend ist auch die Forderung in der gewünschten Vision, der Regierungsrat solle Rahmenbedingungen zum Schutz der Arbeitswelt aufzeigen. Eine solche Forderung schränkt das Denken bereits ein, und es fokussiert vor allem auch auf Risiken und blendet mögliche Chancen bereits aus. Das hat weniger mit einer Vision zu tun als vielmehr mit einem vorausseilenden Protektionismus. Will man sich ernsthafte Gedanken über die Zukunft machen, sollte das losgelöst von jeglichen Ideologien getan werden. Es sind Wissenschaftler, Unternehmer, Philosophen und nicht Regierungen, die in der Lage sind, das Unmögliche zu denken. Es wäre auch vermessen zu glauben, der Kanton Bern sei in der Lage, die digitale Revolution nachhaltig zu beeinflussen. Revolutionen nehmen in der Regel keine Rücksicht auf Regierungen oder etablierte Staatssysteme. Die digitale Revolution macht auch vor der Kantonsgrenze keinen Halt. Seitens der SVP sind wir überzeugt, dass das Erstellen einer Vision im Zusammenhang mit der künstlichen Intelligenz durch den Regierungsrat eine verlorene Liebesmühe wäre. Bei der Trägheit des Staats wäre die Vision bei ihrer Veröffentlichung von der Realität bereits wieder überholt. Wer weiss, vielleicht werden auch wir Politiker schon früher als Sie meinen, durch irgendwelche Algorithmen ersetzt. Dazu finden Sie übrigens im Internet ein spannendes Gedankenspiel des Schweizer Querdenkers Servan Grüniger mit dem Titel «Helvetia

knows best». Er beschreibt darin einen Schweizer im Jahr 2068, der die Politiker mit einem künstlich intelligenten System namens «Helvetia» ersetzt hat. In diesem Sinn lehnt die SVP-Fraktion das Postulat grossmehrheitlich ab. Fertig.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Wir wissen es alle: Die Digitalisierung geht mit Riesenschritten vorwärts. Für mich als bald 60-Jähriger ist es gewaltig, wenn ich bedenke, dass ich gut zwei Drittel meines Lebens ohne Internet, Smartphones, Tablets und so weiter verbracht habe. Es ist so, wie die Postulanten sagen: Es wird noch viel rasanter weitergehen. Wenn im Postulat nun gefragt und festgestellt wird, ob wir als Kanton und auch als Hoheitsbehörde für Bildung die nötigen Rahmenbedingungen immer wieder neu schaffen, dann ist das eine absolut berechnete Frage oder Sorge. Die BDP-Fraktion ist der Meinung, dass wir auf gutem Weg sind. Wir anerkennen, dass all diese Neuerungen doch sehr wachsam verfolgt und auch Massnahmen getroffen werden. Es ist nicht so, lieber Grossrat Mathias Müller, dass der Kanton Bern die Digitalisierung beeinflussen könnte. Aber es geht darum, wachsam zu sein und damit nachzukommen, die richtigen Massnahmen zu treffen, insbesondere bei der Bildung. Als Mitglied der BiK kann ich sagen, dass gerade die ERZ grosse Anstrengungen unternimmt, um der absoluten Daueraufgabe gerecht zu werden, unsere Jugendlichen für diese gewaltige Veränderung fit zu machen. Wir empfehlen Annahme des Postulats. Auch wenn es abgeschrieben werden sollte, würde das nichts an der Tatsache ändern, dass es eine Daueraufgabe ist, als Kanton bei der Digitalisierung dranzubleiben. Deshalb ist abschreiben oder nichtabschreiben bei diesem Geschäft eigentlich nicht so relevant.

Tom Gerber, Reconvilier (EVP). La numérisation est en cours. Elle semble inarrêtable. C'est vrai qu'on peut suivre conférences, workshops et présentations de toute sorte sur notre avenir numérique. Je n'aimerais ni en faire l'éloge ni la critique. Cependant, le parti évangélique est, et restera toujours, soucieux de la personne humaine dans un monde, et dans notre canton, qu'il soit plus ou moins numérique, avec plus ou moins d'intelligence artificielle. Nous pensons que c'est faire preuve de sagesse – pas du tout artificielle, celle-là – que d'essayer de répondre aux questions du postulat, et de réfléchir aux conséquences des transformations apportées par des technologies nouvelles. Le groupe évangélique va donc accepter ce postulat et refuser son classement.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Auch die grüne Fraktion unterstützt das Postulat. Über die Wichtigkeit der Digitalisierung und über deren Bedeutung für unsere Gesellschaft muss ich, wie ich glaube, nicht mehr viele Worte verlieren. Das haben meine Vorredner schon getan. Ich möchte zur beantragten Abschreibung des Postulats Stellung nehmen: Wir fanden es etwas ironisch, dass diese Partei, die im Wahlkampf ein Spin-off gründete und sich «digital-liberal.ch» nannte, jetzt die Abschreibung des Postulats zur Digitalisierung beantragt hat. Wir sind der Meinung, dass man es nicht abschreiben sollte, insbesondere auch deshalb, weil der Regierungsrat am Schluss seiner Antwort darlegt, er sei bereit, diesen Fall aufzunehmen und dieses Thema beispielsweise im Rahmen der Legislaturrichtlinien übergeordnet anzuschauen und zu prüfen, wo er dort Schwerpunkte setzen könne. In diesem Sinn bitten wir Sie, das Postulat nicht abzuschreiben.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Zryd das Wort.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Es erstaunt mich nun doch etwas, dass die SVP nicht fortschrittlich sein will. Die Digitalisierung trifft alle. Wenn ich denke, dass wegen der Digitalisierung ausge-rechnet in der Landwirtschaft Berufe wegfallen könnten, frage ich mich, wo wir dann mit den Subventionen hinwollten – nur so als kleiner Hinweis. Ich traue dem Regierungsrat aber durchaus zu, dass er es so oder so tun wird. Er hat eine Vision, eine Mission und hoffentlich auch eine Strategie zu diesem Geschäft. Er kann es sich gar nicht erlauben, nicht darauf einzutreten. Ich kann es auch nicht verstehen, wenn ein Regierungsrat ein Postulat annehmen will, das er sowieso schon erfüllt – gezwungenermassen, beispielsweise auch gerade im Bildungsbereich. Wie will man ihm diese Aufgabe denn noch wegnehmen? – Das ist eigentlich gar nicht möglich. Für uns ist der Fall klar: Die SP-JUSO will das Postulat annehmen und sicher nicht abschreiben.

Adrian Haas, Bern (FDP). Klar, solche Vorstösse sind toll. Man kann sich damit auch als modern ausgeben und sagen, man habe es ja schon immer gesagt. Die Digitalisierung ist aber nicht so wahnsinnig neu. Sie ist ein Fakt und ein Prozess, der seit Jahren läuft, vor allem in der Wirtschaft: Automatisierung, Roboterisierung. Das ist nicht jetzt plötzlich auf einmal gekommen, sondern es

war ein langjähriger Prozess, der im Gang ist. Deshalb ist es nicht so wahnsinnig viel Neues, selbst wenn viele Leute meinen, es sei etwas Neues. Im Kanton gilt es vor allem im Bildungsbereich, die nötigen Rahmenbedingungen zu setzen, damit man die Leute auch in die Lage versetzt, auch neuen Herausforderungen zu begegnen und sie meistern zu können, seien sie jetzt wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Natur.

Das war aber schon vor fünfzig Jahren so. Nur gab es damals andere Herausforderungen. Was will ich damit sagen? Es ist eine Daueraufgabe des Kantons, vor allem als Träger der Bildung, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Gesellschaft so zu setzen, dass alle mithalten können. Insofern sind wir auch von der Antwort der Regierung befriedigt. Wir wissen auch, dass sie sich mit diesen Fragestellungen laufend auseinandersetzt – als Daueraufgabe. Wir sehen den Mehrwert auch nicht unbedingt, wenn man noch ein, zwei Sätze in die Regierungsrichtlinien schreibt. Wichtig ist, dass man die Augen offen hat, sieht, wie die Entwicklung stattfindet und rechtzeitig darauf reagiert. Deshalb sehen wir den Mehrwert nicht, wenn man das Postulat einfach laufen lässt. Man kann das meinetwegen tun, aber man kann es gerade so gut auch abschreiben.

Präsident. Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Ich erteile das Wort dem Volkswirtschaftsdirektor.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Auf meinem Spickzettel, der mir seitens des Basis Berner Wirtschaft mitgegeben wurde, steht genau ein Satz. Ich lese diesen gerne vor: «Das Postulat ist unseres Erachtens unbestritten, sodass keine Diskussion stattfinden wird.» Ich werde nicht versuchen, mir ein paar Überlegungen aus den Fingern zu saugen, sondern ich werde klarstellen, was die Regierung unter diesem Prüfauftrag verstanden hat. Zum Stichwort «Visionen» haben wir dargelegt, dass es darum geht, das Thema künstliche Intelligenz und Digitalisierung mit Augenmass anzugehen. Der Regierungsrat ist selbstverständlich bereit zu prüfen, wie wir die Digitalisierung stärker aus einer übergeordneten Sicht anschauen und dies auch festschreiben können. Wenn ich «Augenmass» sage, ist klar, dass wir dazu keine neuen Berichte schreiben werden, keine Visionen in Papieren, so dick wie Bücher, festlegen werden. Man kann das beispielsweise zielführend, einfach und auch zweckmässig über die Regierungsrichtlinien machen. Das zum Punkt «Vision darzulegen», wie im Postulat gefordert.

Das andere ist, was verschiedene Fraktionen aufgezeigt haben, und dies entspricht auch dem Verständnis der Regierung: Es ist eine Grundaufgabe und damit auch ein Dauerauftrag an die Regierung, insbesondere an die VOL, genauer hinzuschauen, was auf dem Gebiet der Digitalisierung abläuft. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele, mit denen ich Ihnen aufzeigen will, dass wir uns nicht nur mit Rahmenbedingungen auseinandersetzen, sondern auf dem Boden arbeiten und beispielsweise entsprechende Bildungsangebote anpassen – damit blicke ich über die Grenzen des VOL hinaus zur ERZ. Aber über die Innovationsförderung ist die VOL selbstverständlich auch Treiber und steht auch in der politischen Verantwortung, dass der Kanton Bern bei diesem Thema nicht abgehängt wird. Ich habe zwei Beispiele angekündigt. Das erste ist der Innovationspark in Biel. Diesen beginnen wir gleich zu bauen. Das ist eine Erfolgsgeschichte, bei der wir das Digitalisierungsthema längst im praktischen Betrieb nicht nur ausprobieren, sondern Lösungen geschaffen haben. Ich lade Sie alle ein: Wenn Sie irgendwann einmal in der Gegend von Biel sind, gehen Sie nach Ipsach zur Smart Factory. Es ist die einzige und erste in der Schweiz. Gehen Sie und schauen Sie, welche Industrie-4.0-Lösungen dort, in einem Garagen-Obergeschoss, das früher als Lager benutzt wurde – Reifen und alles Mögliche; man riecht es zum Teil noch – für unsere KMU eingerichtet sind. Dort sind auch Besucherinnen und Besucher herzlich willkommen.

Das zweite Beispiel ist in Zollikofen auf der Rütli. Dort besuchte ich gestern eine Pflanzenschutz-Tagung. Dabei konnte ich mir ein Bild davon machen, wie das Inforama zusammen mit der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL) eine Informationstagung auf die Beine gestellt hat. Ich konnte es fast nicht glauben, als ich sah, dass über 200 Bäuerinnen und Bauern gekommen waren, um sich auf dem Feld vorführen zu lassen, was heute mit neusten Technologien in der Landwirtschaft machbar ist – «Digitalisierung» als Stichwort, «auf dem Boden» als weiteres Stichwort: Drohnen über dem Feld, Roboter auf dem Feld, neue Technologien, die zu neuen Bewirtschaftungsmöglichkeiten führen. Das Ziel der Tagung war, aufzuzeigen, wie man mit neuen Technologien und der Digitalisierung unter Umständen auch jene Herausforderung anpacken kann, von der man nicht nur auf kantonaler, sondern auch auf Bundesebene stets spricht, nämlich wie man Pflanzenschutzmitteleinträge in den Boden und die Gewässer reduzieren kann. Ich werde nicht länger sprechen. Mit diesen Beispielen will ich Ihnen aufzeigen, dass die Regierung daran ist, praktische Lösungen über die Innovationsförderung unterstützen hilft. Die Regierung ist auch daran,

Visionen in dieser Art zu entwickeln, sodass wir eine Gesamtbetrachtung haben und wir nicht nur bereit sind zu reagieren, sondern auch eine aktive Rolle übernehmen können.

Präsident. Wünscht der Antragssteller noch das Wort? – Nein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Postulat «Künstliche Intelligenz: Ist der Kanton Bern proaktiv?» zustimmen kann, stimmt Ja, wer dieses ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 79

Nein 41

Enthalten 5

Präsident. Sie haben das Postulat mit 79 Ja- bei 41 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Es ist die Abschreibung beantragt. Wer das Postulat abschreiben will, stimmt Ja, wer es nicht abschreiben will, stimmt Nein.

Abstimmung (Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 72

Nein 51

Enthalten 0

Präsident. Sie haben das Postulat abgeschrieben mit 72 Ja- bei 51 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.